

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Köln/Gronau/Münster, 19. Juni 2020

Hat E.ON-Chef Teyssen Aktionäre angelogen?

- Uranmüllexporte von Gronau auch nach 2020
- NL-Transportlizenz widerspricht E.ON-Chef
- "Fehlinformation durch E.ON-Chef nicht akzeptabel"

Köln/Münster/Bonn/Gronau – E.ON-Chef Johannes Teyssen hat auf eine Frage zur Zukunft der Uranmüllexporte von Gronau nach Russland nach 2020 die E.ON-Aktionäre auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung am 28. Mai offensichtlich falsch informiert. Wörtlich sagte Teyssen auf die entsprechende Frage des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre: **"Pläne für einen Export von abgereichertem Uran von Gronau nach Russland nach 2020 sind hier aber aktuell nicht bekannt."**

Nun bestätigt jedoch eine offizielle Transportlizenz der niederländischen Strahlenschutzbehörde "Autoriteit Nucleaire Veiligheid en Stralingsbescherming" (ANVS) vom 9. Juni 2020 – nur wenige Tage nach der E.ON-Hauptversammlung – dass explizit für den Gronauer Urananreicherer Urenco Deutschland GmbH zusammen mit dem französischen Atomkonzern Orano insgesamt 20 weitere Urantransporte von Gronau und Frankreich bis Juni 2023 über die Häfen von Amsterdam und Rotterdam nach Russland genehmigt wurden. Die entsprechenden Ausfuhranträge müssen auf deutscher Seite mindestens mehrere Wochen im Voraus gestellt worden sein. Die taz berichtet heute zu den Uranmüllexporten, das Handelsblatt und die dpa hatten am 15. Juni als erste über die niederländische Ausfuhrlizenz berichtet.

E.ON hält zusammen mit RWE ein Drittel der Urenco-Anteile. E.ON-Manager Alan Bevan sitzt für E.ON im Urenco-Direktorium. E.ON-Chef Teyssen gab bei der Hauptversammlung zu Protokoll, dass Bevan das "zuständige EON-Vorstandsmitglied regelmäßig unterrichtet".

"Wir sind entsetzt, dass E.ON-Chef Teyssen bei der Beantwortung der Fragen auf der Hauptversammlung offensichtlich nicht die Wahrheit gesagt hat. Die Fragen lagen E.ON schriftlich bereits zwei Tage vor, die neuen Exportpläne von Urenco für das abgereicherte Uran aus Gronau müssen bei E.ON bekannt gewesen sein – oder werden dem E.ON-Chef wichtige Informationen vor einer Hauptversammlung im eigenen Haus vorenthalten? Wir erwarten jetzt dringend eine Stellungnahme von E.ON zu diesem sehr beunruhigenden Vorgang gegenüber den eigenen Aktionärinnen und Aktionäre," erklärte Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands. Ein entsprechendes Schreiben des Dachverbands an den E.ON-Vorstand ist unterwegs.

"Leider reiht sich die Fehlinformation des E.ON-Chefs nahtlos in die bisherigen Versuche des Urananreicherers Urenco sowie der Bundesregierung ein, die Abwicklung der verantwortungslosen Uranmüllexporte von Gronau nach Russland möglichst unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen. Es ist ein Skandal, dass erst durch eine niederländische Transportlizenz die aktuelle Ausfuhrgenehmigung der Bundesregierung bekannt wurde – es ist dringend Zeit, dass auch die zuständigen Fachminister für Wirtschaft und Umwelt, Peter Altmaier und Svenja Schulze, der Öffentlichkeit reinen Wein einschenken," ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Für kommenden Montag, 22. Juni, erwarten die Anti-Atomkraft-Initiativen bereits den nächsten Uranmüllzug von Gronau nach Russland. In mehreren Städten wurden deshalb bereits Proteste angekündigt.

Hinweis für die Redaktionen:

Den Link zur aktuellen Transportlizenz der niederländischen ANVS vom 9. Juni 2020 für die Urantransporte von Gronau und Frankreich nach Russland finden Sie hier:

<https://www.rvo.nl/sites/default/files/2020/06/ANVS-2020-5449.pdf>

Hintergründe:

Der Urananreicherer Urenco gehört zu je einem Drittel dem britischen und niederländischen Staat, das deutsche Drittel teilen sich RWE und E.ON zu gleichen Teilen. Urenco betreibt in Gronau die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage. Von Gronau wird rund jedes zehnte AKW weltweit mit Uranbrennstoff für die Brennstäbe beliefert.

Von 1995 bis 2009 und erneut seit 2019 liefert Urenco das abgereicherte Uran, das als Atomabfall bei der Urananreicherung anfällt, nach Russland. Bis 2009 waren dies insgesamt 27 300 t abgereichertes Uran, in 2019 bereits zusätzlich rund 8850 t laut einer aktuellen Auskunft der NRW-Landesregierung auf eine diesbezügliche Anfrage der Grünen im Landtag. Bei bislang vier weiteren Urantransporten von Gronau nach Russland in 2020 dürften demnach zusätzlich weitere knapp 3600 t abgereichertes Uran hinzugekommen sein – weitere sechs Transporte à 900 Tonnen stehen allein dieses Jahr noch aus, der erste davon am kommenden Montag.

Eine Wiederverwertung in Russland ist nicht erkennbar, da Russland bereits rund 1,2 Mio t. abgereichertes Uran auf Halde lagern hat und nun selbst nach eigenen Angaben über die nächsten 60 Jahre versucht, diesen Atommüll in einen lagerfähigen Zustand zu bringen.

Russische, niederländische und deutsche Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände protestieren bereits seit 15 Jahren gegen diesen Uranmüllexport und besuchen regelmäßig die entsprechenden Hauptversammlungen von E.ON und RWE. Zuletzt überreichten z. B. im Januar die russische Umweltorganisation Ecodefense und Greenpeace Russland 70 000 Unterschriften gegen die Uranmüllexporte im Bundesumweltministerium. Vor wenigen Tagen kamen zwei dringende Appelle aus Russland an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesumweltministerin Svenja Schulze hinzu.

Kontakte:

Markus Dufner, Dachverband Kritischer Aktionärinnen/Aktionäre, Tel. 0173-7135237

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023
Udo Buchholz, AKU Gronau / BBU, Tel. 02562-23125

Weitere Infos:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.kritischeaktionaere.de